

2007-11-06

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.10.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum  
Erdmannsdorffstraße 3

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Brumme, Kurt

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Stöbe, Karin Unentschuldigt

### **Fraktion der SPD**

Dreibrodt, Hans-Peter

### **Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN**

Busch, Thomas

### **Fraktion der FDP**

Plettner, Ulrich Dr.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung**

Die Sitzung wurde durch den Stellv. Ausschussvorsitzenden, Herrn Gebhardt, eröffnet und geleitet.

### **2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgemäß.  
Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

### **3. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wurde bestätigt.

#### **4. Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.2007**

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 28.08.2007 wurde mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

#### **5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Ausschusssitzung am 28.08.2007 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

#### **6. Informationsvorlagen**

##### **6.1. Das Mehrgenerationenhaus Dessau Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum Vorlage: DR/IV/029/2007/V-40**

Die Informationsvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor. Herr Dr. Lundershausen, Leiter der Volkshochschule, ergänzte zur Vorlage:

- Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum (BBFZ) ist ein Ort für Bildung und Freizeit. Im Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum sind alle Altersgruppen vertreten, es ist offen für alle Vereine und Initiativen.  
Im BBFZ soll ein Mehrgenerationenhaus aufgebaut werden.
- Mehrgenerationenhäuser nutzen Erfahrungen aller Generationen.
- Ziel des Mehrgenerationenhauses: Menschen verschiedener Generationen für gemeinsame Aktivitäten gewinnen und intergeneratives Verhalten durch gezielte Maßnahmen fördern. Neue Dienstleistungen und Veranstaltungen sollen entwickelt werden, die das Ziel der Unterstützung von Familien, hilfebedürftiger Menschen und des gegenseitigen Austausches der Generationen haben.  
Ehrenamtliche Tätigkeit, professionelle Unterstützung und Selbsthilfe werden zu einem umfassenden regionalen Angebot für Menschen jeden Alters gebündelt.
- Serviceangebote:
  - . Offener Treff im Clubcafé mit Kaffee und Kuchen
  - . Seniorentreff
  - . Elternschule
  - . Familienkurse
  - . Kinderbetreuung/Kinderferienbetreuung
  - . haushaltsnahe Dienstleistungen für die Familie
- Partner des Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrums sind u. a.:  
SHIA e. V.  
DRK  
Jugendamt der Stadt Dessau-Roßlau.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **6.2. Präsentation des Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrums**

Anschließend an die Ausführungen von Herrn Dr. Lundershausen folgte eine Führung durch das Objekt.

Daran schloss sich die Diskussion zur Thematik an:

### Herr Gebhardt:

Bin angenehm überrascht über das Haus; die Frage ist aber, wie es mit dem Mehrgenerationenhaus aussieht, wenn die Förderung nach 2011 nicht verlängert wird. Können wir die Arbeit mit Ehrenamtlichen leisten?

### Herr Dr. Lundershausen:

Die Nachhaltigkeit wird vorbereitet; das Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum funktioniert bisher schon sehr gut. Wir haben die Hoffnung, dass noch mehr Ehrenamtliche geworben werden.

### Herr Wolfram:

Am 26. September 2007 wurde die Auftaktveranstaltung mit sehr viel Publikum aller Generationen durchgeführt. Das Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum wurde und wird in der Stadt sehr gut angenommen. Wir hoffen, dass mittel- und langfristig durch Ehrenamtliche viel instrumentalisiert werden kann.

### Herr Puttkammer:

Es wurde bereits im Kulturausschuss darüber gesprochen, dass dieses Haus in Zukunft davon leben wird, dass viele Vereine und Gruppen dort ihre Heimstatt finden, z. B. auch Selbsthilfegruppen. Das Haus muss publik gemacht werden. Aufruf an alle Stadträte und Stadträtinnen entsprechend wirksam zu werden.

## **7. Auswertung des Arbeitsbesuches des Staatssekretärs des BMfA, Herr Ansinger, im Jobcenter SGB II Dessau am 28.09.2007**

Herr Krause, Geschäftsführer des Jobcenters SGB II Dessau, sowie seine Stellvertreterin, Frau Erxleben, nahmen zum TOP an der Sitzung teil.

Herr Krause führte zum Thema aus:

- Arbeitsbesuch des Staatssekretärs Anzinger, BMAS, im Jobcenter am 28.09.2007
- Besichtigung des Jobcenters, Bericht zu Organisation, verwaltungsinernen Abläufen und Problemen, die sich aus dem Gesetz heraus ergeben.  
Herr Anzinger war sehr gut über das Jobcenter SGB II Dessau informiert.
- Neue Informationen wurden seitens des Herrn Anzinger nicht gegeben; die Bundesregierung wartet das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hinsichtlich der Bildung der ARGEn ab.

- Herr Anzinger informierte über das Haushaltsverfahren 2008; Ziel der Bundesregierung ist es, ohne Sperrvermerke im Haushalt zu arbeiten.

Herr Wolfram hat in Vollmacht des OB an der Beratung teilgenommen und berichtete zum protokollarischen Teil der Zusammenkunft:

- Das Gespräch wurde u. a. geführt zur Zusammenarbeit in der ARGE, zur Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit.
- Der Staatssekretär wurde darüber informiert, dass in der Lenkungsgruppe der ARGE 2 Politiker vertreten sind. Das hat Modellcharakter im Land.

Herr Wolfram:

Wir vertreten den grundsätzlichen Standpunkt, dass die Bürger so wohnortnah betreut werden wie es nur geht.

Frau Andrich:

Es gibt eine Pressemeldung, die besagt, dass zum 01.01.2008 die Leistungen getrennt werden. Kann dazu etwas näheres gesagt werden?

Herr Krause:

Diese Meldung wurde durch die Bundesagentur dementiert. Der Hintergrund ist, dass sich die Bundesagentur schon jetzt im Hinblick auf das zu erwartende Urteil des BVG auf eine Aufgabentrennung vorbereitet.

## **8. Bericht zum Mammografiescreening in Sachsen-Anhalt**

Durch Frau Dipl.-Med. Hesse, Gesundheitsamt, wurde zur Thematik berichtet:

- Laut Statistik gibt es in Deutschland jährlich mehr als 48.000 Neuzugänge an Brustkrebserkrankung.  
Die rechtzeitig Erkennung der Krankheit sichert gute Heilungschancen.
- Es wurde ein Bundesprogramm in Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Krankenkassen zum Mammografiescreening entwickelt.
- Sachsen-Anhalt übernimmt in den neuen Bundesländern eine Vorreiterrolle hinsichtlich des Screeningprogramms.
- Es gibt ein Angebot an alle Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren zur Mammografie. Dieses Programm wird von den Krankenkassen getragen; die Teilnahme ist freiwillig; die Frauen können das Angebot nutzen ohne Einsatz der Chipkarte und Überweisung. Das Programm startet in Sachsen-Anhalt im Oktober 2007. Das Screening erfolgt auf Einladung. Innerhalb von zwei Jahren wird jede der anspruchsberechtigten Frauen einmal eingeladen.  
Die Organisation der Einladung der Frauen der entsprechenden Altersgruppe erfolgt in Bremen.
- Es gibt in Sachsen-Anhalt vier Zentren des Screeningprogramms:  
Region Nord mit Standort Stendal, Region Ost mit Standort Dessau (ehem. Anhalt-Zerbst, Dessau, Wittenberg, Köthen, Bernburg und Bitterfeld), Region Süd – Standorte Halle und Querfurt - und Region West mit Standort Magdeburg.

Für unsere Region werden die verantwortlichen Ärzte Frau Dr. Schlötzer und Herr Dr. Damm aus der radiologischen Gemeinschaftspraxis Dr. Schlötzer sein. Die teilnehmenden Ärzte mussten sich einem gesonderten Prüfverfahren unterziehen.

Die Qualitätssicherung wird von der Bundesbehörde übernommen.

- Zum Einsatz kommt für die ländlichen Gebiete eine mobile Einheit, das so genannte Mamma-Mobil.
  - In der Gemeinschaftspraxis Schlötzer wurden für das Screening-Programm fünf neue Arbeitsplätze geschaffen.
- Am 06. Oktober wird in der Zeit von 10:00 bis 18:00 Uhr in dieser Praxis ein Tag der offenen Tür durchgeführt.

#### Frau Andrich:

Ist es gesichert, dass in der Praxis die Arbeit geschafft werden kann? Bisher gibt es in dieser Praxis sehr lange Wartezeiten für eine Mammografie.

#### Frau Hesse.

Das Screening ist getrennt von der Praxis; es wurden extra fünf neue Arbeitsplätze geschaffen. Frau Dr. Schlötzer sichert schnelle Termine zu; bis zur Erteilung des Befundes sollen nur sieben Tage vergehen.

#### Herr Rumpf:

Wie lange läuft das Programm?

#### Frau Hesse.

Laut Bundesgesetz läuft das Programm unbefristet; die Untersuchung soll alle zwei Jahre wiederholt werden.

## **9. Bericht zur Richtlinie Kosten der Unterkunft**

Frau Paesold berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Arbeitsstand der Richtlinie zur Gewährung von Kosten der Unterkunft und Heizung der Stadt Dessau-Roßlau:

- Rechtsgrundlage der RL: § 22 SGB II und § 29 Absatz 1 SGB XII
- Ziel ist zum 01.04.2008 die Zusammenführung der Richtlinie der Stadt Dessau zur Gewährung von Kosten der Unterkunft und Heizung und der Verwaltungsvorschrift des Landkreises Anhalt-Zerbst zur Beurteilung der Angemessenheit von Leistungen für Unterkunft und Heizung.
- Mit dem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Kosten der Unterkunft wurde an die Bundesregierung die Empfehlung erteilt, bundeseinheitliche Mindeststandards zu den Kosten der Unterkunft festzulegen.
- Zeitlicher Ablaufplan zur Überarbeitung der Richtlinie sieht u. a. die Bearbeitung und Analyse von Daten, Arbeitsgespräche zur Weiterentwicklung der Richtlinie mit dem Jobcenter SGB II Dessau, der KommBa, den Wohnungsunternehmen der Stadt Dessau-Roßlau sowie die Einbringung der entsprechenden Beschlussvorlage in die Dienstberatung des OB, die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und die Beschlussfassung im Stadtrat vor.
- Maßnahmenkatalog der Verwaltung:
  - . Gesetzessynopse (Änderungen seit 2005)

- . Vergleich der Richtlinien
  - . Analyse der Entwicklung des Wohnungsbestandes seit 2005 und Analyse der Mietenbestandteile der drei größten Wohnungsunternehmen
  - . Untersuchung aller Fälle mit unangemessenen Unterkunftskosten per 30.06.2007
  - . Ermittlung der durchschnittlichen, tatsächlich zu zahlenden Kosten der Unterkunft per 30.06.2007
  - . Analyse der Entwicklung der Verbraucherpreise von Wasser- und Heizkosten
  - . Auswertung von Klage- und Widerspruchsverfahren, die Kosten der Unterkunft betreffen
  - . interregionaler Vergleich der angemessenen Werte für Wohnflächen und Mieten
  - . Vergleich mit zuschussfähigen Mietwerten nach dem Wohngeldgesetz
  - . Rückschlüsse aus dem Wohngeld- und Mietenbericht 2006 auf die Höhe der angemessenen Unterkunftskosten
  - . Recherche einschlägiger Rechtsprechung
  - Vergleich der Richtlinien Dessau und Landkreis Anhalt-Zerbst hinsichtlich der angemessenen Wohnflächen, der angemessenen Miete der Richtwerte für Brennstoffbedarfe sowie der Höchstwerte für Wasserverbrauch pro Haushalt erfolgte.
  - Statistiken wurden aufgezeigt, u. a. zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und durchschnittlichen Unterkunftskosten pro Bedarfsgemeinschaft im SGB II sowie zur Entwicklung der Mieten im SGB-II-Bezug.
- Die Auswertung der Fälle mit unangemessenen Kosten der Unterkunft per 30.06.2007 in Dessau ergab, dass von 6.657 Leistungsfällen 239 Fälle eine unangemessene Gesamtmiete bei angemessener Wohnfläche sowie 314 Fälle eine unangemessene Gesamtmiete bei unangemessener Wohnfläche aufweisen.

#### Herr Wolfram:

Eine Fülle von Daten wurden verglichen; Kontakte und Gespräche mit Wohnungsunternehmen erfolgten bzw. erfolgen. Es soll Konsens erzielt werden. Einzelfallregelung ist immer möglich.

Das Ziel ist es, die Richtlinie vor dem 01.04.2008 in Kraft zu setzen.

Es geht nicht darum, zwei Richtlinien zu vergleichen und zu einer zusammenzufügen, es müssen alle veränderten rechtlichen Grundlagen eingearbeitet werden. Der Vergleich der Richtlinien zeigt derzeit keine großen Abweichungen voneinander. Ziel ist die Beschlussfassung der neuen Richtlinie im Januar 2008.

Herr Wolfram dankte den Frau Paesold, i. V. der verantwortlichen MitarbeiterInnen des Sozialamtes, für den großen Einsatz zur Erstellung der neuen Richtlinie.

Herr Eichelberg bedankte sich beim Sozialamt für die an ihn gesandten Arbeitsunterlagen zu den Kosten der Unterkunft. Er wies darauf hin, dass es einen Beschluss im Gesundheits- und Sozialausschuss gab, dass spätestens mit der Fusion der beiden Städte die Richtlinie evaluiert werden soll. Ist es nicht möglich, die Richtlinie zum 01.01.2008 anzupassen?

Wie sind die erhöhten Preise der DVV eingeflossen?

#### Frau Andrich:

Zum 01.01.2008 werden die neuen Bescheide für 6 Monate durch Jobcenter SGB II bewilligt. Können diese Bescheide schon nach der neuen Richtlinie, auch wenn es diese noch nicht gibt, erstellt werden?

Frau Paesold.

Die Aussage war im Gesundheits- und Sozialausschuss so getroffen worden, dass die Richtlinie mit der Fusion evaluiert werden soll.

Wir wollen in die neue Richtlinie auch die Daten der KommBa mit einfließen lassen sowie die Entscheidungen zu Klageverfahren und geänderte Rechtsvorschriften, die Wohnungsunternehmen sollen beteiligt werden. In der nächsten Ausschusssitzung wird wieder zu aktuellen Stand berichtet.

Herr Gebhardt:

In anderen Städten und ARGEen im Land Sachsen-Anhalt wurden die Richtlinien mehrfach novelliert. Wir müssen aber zwei Richtlinien zusammenfassen, das müssen andere Kommunen nicht. Warum können wir nicht innerhalb von 25 Tagen diese Vorlage/Richtlinie erstellen?

Herr Wolfram:

Intern besteht in der Verwaltung der Auftrag, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zeitnah eine neue Richtlinie zu erstellen.

Es soll in unserer Stadt kein Bürger, weil Verwaltungshandeln fehlt, benachteiligt werden.

Herr Krause zur Frage von Frau Andrich:

Die Bescheiderteilung schon nach der neuen Richtlinie ist zum 01.01.2008 nicht möglich ...

Frau Paesold ergänzte ihren Vortrag: Die bisherigen Regelung zu dem allgemeinen und besonderen Toleranzbereich der Richtlinie der Stadt Dessau sollten aus Sicht der Verwaltung fortgeführt werden.

Frau Andrich:

Es gibt verschiedene Urteile, Wohnungsgröße betreffend, die z. B. aussagen, dass Bad und Flur nicht zur Gesamtwohnfläche gehören. Wie verhalten wir uns zu diesen Urteilen?

Frau Paesold:

Diese Urteile sind uns bekannt, sollten aber für die Stadt Dessau-Roßlau keine Anwendung finden, weil die Besonderheiten der Einzelfälle so nicht gegeben sind.

## **10. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktion und des Beigeordneten**

Herr Wolfram informierte darüber, dass Frau Schimkat und Herr Siebert auch im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales aus ihren jeweiligen ehrenamtlichen Tätigkeiten verabschiedet wurden. Die Ausschreibungen zur Besetzung der Stellen ehrenamtliche/r Seniorenbeauftragte/r und ehrenamtliche/r Behindertenbeauftragte/r wurden im Amtsblatt veröffentlicht.

Frau Griebisch fragte an: Wie ist der Stand der Ausschreibung der Stelle des Beigeordneten für Bildung, Jugend und Soziales?

**Herr Wolfram:**

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

Dessau, 13.11.07

---

Hans-Peter Dreibrod  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schritfführer